

**Antragssteller:** IG Metall Geschäftsstelle Nordhessen

**Thema:** Vereinbarkeit von Leben und Schichtarbeit

**Der 24.ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen:**

Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fordert den Vorstand auf, sich für die Entwicklung von tariflichen aber auch betrieblichen Lösungen zur besseren Vereinbarkeit von Leben und Arbeit in Schichtbetrieben einzusetzen.

Dazu sollen übergreifende Projekte unter Einbezug der Ressorts Arbeitsgestaltung- und Gesundheitsschutz, Betriebspolitik, Tarifpolitik sowie Frauen- und Gleichstellungspolitik initialisiert werden. Darüber hinaus soll das Thema stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Schichtarbeit spielt nicht nur in den IG Metall Betrieben/Branchen eine große Rolle. Daher kann auch hier die IG Metall ihrer Vorreiterrolle gerecht werden.

Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Planbarkeit: Da in Schicht arbeitende Personen insgesamt schwieriger Freizeitplanung, Reproduktion und Regeneration in Einklang bringen können, ist eine verlässliche Planung der Schichteinsätze vordringlich. Das gesamte Lebensumfeld richtet sich nach dieser Planung – sowohl Kontakte zu Freunden, Freizeitgestaltung als auch die Familienplanung.
2. Flexibilität im Sinne der Beschäftigten: Es muss die Möglichkeit der kurzfristigen Anpassung an persönliche Belange oder auch Kinderbetreuung geben.
  - a. Selbständiger Schichtaustausch
  - b. Möglichkeit (vorübergehend) die Arbeitszeit abzusenken / Teilzeillösungen
3. Möglichkeit der Kompensation der erhöhten Belastung durch Zeit statt Geld: Dies verringert die Abhängigkeit von Zuschlägen und damit den Anreiz in Schichtmodellen zu arbeiten. Gleichzeitig erhöht dies die Zeitkorridore, die zur Regeneration und Freizeitgestaltung genutzt werden können. Insgesamt macht es Schichtarbeit für den Arbeitgeber teurer und damit unattraktiver.
4. Kombinierte Kompensation aus Zeit und Geld unter arbeitswissenschaftlichen Kriterien.
5. Aufklärung zu den Folgen von Schichtarbeit zur Pflicht des Arbeitgebers machen, z.B. analog zur Sicherheitsunterweisung
6. Aufklärungskampagne auch für Familie, Freunde von Schichtarbeitenden, um beispielsweise Maßnahmen und Umgestaltung (Verringerung) der Schichtarbeit besser verständlich zu machen.
7. Interne oder externe Mitarbeiterberatung zur Unterstützung von Planung von Arztbesuchen oder Behördengängen, Informationen und Beratung bei seelischen Problemen, Finanzplanung, Ernährung in Schichtarbeit, usw.
8. Ständige Erhebung der Belastungsfaktoren (ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung) und Rückkopplung der wissenschaftlichen Erkenntnisse
9. Betriebskindergärten
10. Jobsharing / Schicht-Sharing Modelle (Schichtarbeit in Teilzeit)

**Begründung:** Mit dem Tarifabschluss aus der Metall- und Elektroindustrie 2018 ist der IG Metall hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in Schichtbetrieben ein

guter und wichtiger Schritt gelungen. Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall aus dem Jahr 2016/2017 hat ergeben, dass sich ein Großteil der Beschäftigten möglichst große Flexibilität und Selbstbestimmung in der Arbeitszeitgestaltung wünscht.

Die negativen gesundheitlichen Auswirkungen der Schichtarbeit sind in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich Bestandteil der arbeitswissenschaftlichen und arbeitsmedizinischen Forschung gewesen. Dies führt dazu, dass es einen breiten Wissensstand (zum Beispiel zu Schlafstörungen oder kardiovaskulären Erkrankungen) und auch neue Themen (zum Beispiel Zusammenhänge zur Entstehung von Diabetes) gibt. Schichtarbeit hat aber eben nicht „nur“ Auswirkungen auf den Körper: auch das soziale Leben und das Umfeld der Schichtarbeitenden sind betroffen. Die Arbeit zu den Zeiten, die gesellschaftliche für Freizeitaktivitäten vorgesehen sind, bringt zahlreiche Einschränkungen für die betroffenen Beschäftigten mit sich. Am unmittelbarsten Betroffen sind die Partnerinnen und Partner der Schichtarbeitenden sowie ihre Familien. Auch sie leben nach dem Schichtplan. Aber auch darüber hinaus sind die Schichtarbeitenden auf die Akzeptanz ihres Umfeldes angewiesen, um nicht sozial isoliert zu werden.

Damit es überhaupt Möglichkeiten gibt, die sozialen Auswirkungen abzufedern, müssen Regelungen oft individuell ausverhandelt werden und führen so zu erhöhtem Druck und einer noch stärkeren Abhängigkeit von der Güte des Vorgesetzten. Insbesondere dünne Personaldecken und die Abwesenheit von Springerregelungen machen kurzfristige Lösungen nahezu unmöglich.

Doch auch mit Angeboten, die die Selbstbestimmung Flexibilität erhöhen, bleibt Schichtarbeit auch nach arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen ungesund. Eine gesunde und / oder sozialverträgliche Schichtarbeit gibt es nicht. Das soziale Umfeld von in Schicht arbeitenden Menschen plant sich in der Regel um den Schichtplan herum. Partner und Partnerinnen agieren als „Zeitübersetzer“, übernehmen oft die Planung des sozialen Lebens. Hier spielt also auch die Verlässlichkeit der Planung eine übergeordnete Rolle für die in Schicht arbeitende Person als auch Familie und Freunde. Hier müssen Arbeitgeber Angebote schaffen, die den negativen Auswirkungen von Schichtarbeit entgegenwirken.

In verschiedenen (jedoch noch wenigen) von der IG Metall betreuten Betrieben gibt es bereits gute Betriebsvereinbarungen, die wir als best practise nutzen können.

Für eine solidarische Alterssicherung

Antragsteller: Delegiertenversammlung der IG Metall Geschäftsstelle Nordhessen

Für eine solidarische Alterssicherung-

Rentenpolitische Forderungen der IG Metall

Der 24. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen:

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Rentenkampagne fortzusetzen und in den Betrieben und der Öffentlichkeit zu mobilisieren mit dem Ziel der Erreichung einer solidarischen Alterssicherung durch:

- die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung
- der Durchsetzung einer Erwerbstätigenversicherung
- der weiteren Anhebung des Rentenniveaus
- der Aufwertung von Niedrigeinkommen und Ausfallzeiten infolge von Sorgearbeit
- Entgeltpunkte für Erziehungszeiten ohne Stichtagsregelung
- Festsetzung eines existenzsichernden Mindestlohnes, der zugleich einen Anspruch auf Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung erzielt
- der Stärkung der betrieblichen Altersversorgung durch Umwidmung

Der Arbeitgeber vermögenswirksamen Leistungen (AVWL) in Bausteine der betrieblichen Altersversorgung

- Aufbau eines staatlichen organisierten flächendeckenden arbeitgeberfinanzierten Vorsorgepakets als Ergänzung zur staatlichen Rente
- Rücknahme der Rente mit 67Jahren
- Rücknahme der (Doppel-)besteuerung der Renten
- keine Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Auswirkungen des Transformationsprozesses in der Metall – und Elektroindustrie auf den Arbeitsmarkt und die Anzahl und Struktur der

Arbeitsplätze fordern wir die Sicherung der Finanzierung der Renten und des Sozialsystems durch die Erhebung einer Transformationssteuer.

Die von der SPD diskutierten Vorschläge einer Respektrente sind ein Schritt in die richtige Richtung des Neuaufbaus einer solidarischen Alterssicherung.

**Antragsteller: KMW-Vertrauensleute**

**Thema: Unterstützung des Strukturwandels in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie**

**Der 24. Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen:**

Mittel- und langfristig werden die europäischen Länder gemeinsame Beschaffungen für ihre Streitkräfte vornehmen. Das wird zu einer Transformation und Konsolidierung der Rüstungsindustrie in Europa führen. Die IG Metall betont: Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Notwendig ist eine auf europäische Regionen mit wehrindustriellen Clustern abgestimmte Strategie. Die Bundesregierung nimmt eine zentrale Rolle ein. Sie entscheidet z.B. über die Ausrüstung der Bundeswehr und europäische Kooperationsprojekte. Aus dieser zentralen Rolle heraus, folgt die Verantwortung der Regierung für die Beschäftigten in der wehrtechnischen Industrie.

Die IG Metall setzt sich aktiv für die Interessen der Beschäftigten ein, damit der Strukturwandel in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie nicht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Die Branchenpolitik der IG Metall wird gestärkt. Die IG Metall begleitet den Strukturwandel der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Europa und arbeitet hierzu eng mit industriAll Europe und den europäischen Schwestergewerkschaften zusammen. Das Nato-Ziel von zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben lehnt die IG Metall als ungeeignetes Kriterium ab.

Die IG Metall setzt sich für eine Vertiefung des branchenpolitischen Dialogs ein, der auf ihre Initiative seit 2014 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stattfindet. Notwendig ist eine Branchenpolitik, die den Strukturwandel aktiv gestaltet.

Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, ein neues Programm oder einen erweiterten Fonds für Konversion und Diversifikation in zivile Märkte aufzulegen und zudem entsprechende Programme bei der Europäischen Union zu initiieren.

Die IG Metall unterstützt Betriebsräte und Geschäftsstellen, die sich für Diversifikation und Konversion einsetzen und Projekte auf den Weg bringen wollen. Sie bietet z.B. die Gestaltung von Workshops und eine inhaltliche Begleitung in der Anfangsphase an.

Europäische Beschaffung erfordert ein neues europäisches Modell des Zusammenwirkens von Forschung und Entwicklung über Produktion bis zur Wartung. Vor diesem Hintergrund fordert die IG Metall von der Bundesregierung eine übergreifende Wehrtechnologie-Roadmap, die für Diversifikation und Konversion anschlussfähig sein muss. Das ist besonders für die breite Zuliefererlandschaft unumgänglich. Die IG Metall fordert, bei einer europäischen Konsolidierung Kosten, Risiken und Chancen transparent zu benennen und zu diskutieren, um eine faire Aufteilung zu erreichen. Zur Abbildung und Bewertung der mit Kooperations- und Beschaffungsprojekten verbundenen Prozesse und zu treffenden Entscheidungen sind Fragen zu Kompetenzen, unternehmerischer Führung, Arbeitsteilung, Technologieförderung, Diversifikation und Finanzierung zu klären.

Die IG Metall unterstützt die weltweite Waffenhandelskontrolle und eine restriktive Genehmigungspraxis von Waffenexporten durch die Bundesregierung. Erforderlich sind Transparenz sowie strikte Endverbleibkontrolle. Gleichzeitig befürwortet die IG Metall gemeinsam mit allen europäischen Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU. Exportmöglichkeiten dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Hier muss es europaweit ein gleiches Verständnis und klare gemeinsame Exportregeln geben.

All diese erforderlichen Aktivitäten und politischen Initiativen der IG-Metall müssen zugeordnet und abgestimmt werden. Dies kann weder von den Betriebsräten noch von den Geschäftsstellen oder von den Bezirksleitungen durchgeführt werden. Daher ist die Unterstützung durch den IGM-Vorstand für die Geschäftsstellen, die Betriebe und Unternehmen der Wehr- und Sicherheitstechnik betreiben, um den Strukturwandel in der Branche voranzubringen und zu begleiten notwendig.